

Antrag

der Abgeordneten Kai Gehring, Dr. Anna Christmann, Margit Stumpp, Beate Walter-Rosenheimer, Ekin Deligöz, Harald Ebner, Katja Dörner, Erhard Grundl, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Maria Klein-Schmeink, Ulle Schauws, Kordula Schulz-Asche und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Partizipation in Wissenschaft und Forschung stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Wissenschaft steht heute vor einer mindestens doppelten Herausforderung: Einerseits erwarten viele Menschen, dass neue Erkenntnisse aus der Forschung dazu beitragen, die großen gesellschaftlichen Aufgaben von morgen zu lösen – von der Abwendung der Klimakrise über das Aufhalten des Artensterbens bis zum nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen unseres Planeten. Andererseits werden neben diesen hohen Erwartungen an die Problemlösungsfähigkeit der Wissenschaft auch gesellschaftliche Ansprüche von Transparenz, Unabhängigkeit und Nachvollziehbarkeit – kurz ihrer Legitimation – gestellt. Dies ist beides ein Ausdruck des rasanten Bedeutungszuwachses, den Wissenschaft und Forschung in den letzten Jahren und Jahrzehnten erfahren haben. Damit ist auch das Verhältnis zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Bewegung geraten und Wissenschaftspolitik selbst entwickelte sich zum Austragungsfeld politischer Konflikte. Von diesen Spannungsfeldern zeugt einerseits das selbstbewusste Eintreten für die Wissenschaftsfreiheit im Rahmen des March for Science. Andererseits drückt sich dies aber auch in der systematischen Diskreditierung bestimmter Disziplinen (wie z. B. der Klima- oder Geschlechterforschung) – insbesondere durch wissenschaftsfeindliche und rechtspopulistische Kräfte – aus.

Eine derzeit oft zu hörende, vermeintliche Antwort auf diese Entwicklung ist, dass die Wissenschaft ihr Tun nun einfach besser erklären müsse. Auch wenn dies im Einzelfall zutreffend sein mag, geht diese Forderung nach besserer Kommunikation allein am Kern der Sache vorbei und ist unterkomplex. Entscheidend ist zum einen das klare Bekenntnis der Politik für die Wissenschaftsfreiheit. Dazu gehört die entsprechende Ausstattung der Wissenschaft mit ausreichenden Grundmitteln zur freien und ungehinderten Forschung. Zum anderen gehört ebenso eine Verankerung von Wissenschaft in unserer Gesellschaft dazu. Das Hinterfragen bestimmter Förderdynamiken oder der wissenschaftspolitischen Prioritätensetzung, aber auch die Einbringung neuer Forschungsthemen sind berechtigte Anliegen einer kritisch-konstruktiven Öffentlichkeit. Initiativen, Verbände, Vereine und BürgerInnen wollen sich vermehrt mit ihren Erkenntnisinteressen und ihrer Expertise einbringen. Sie wollen aktiv und von Beginn an in die Gestaltung von Forschungsförderprogrammen und in die Formulierung gesell-

schaftlicher Erwartungen an die Wissenschaft einbezogen werden. Wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind, können solche Impulse nicht nur das öffentliche Vertrauen in das Wissenschaftssystem steigern, sondern auch die Innovationskraft der BürgerInnen für die Forschung fruchtbar machen. Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und angewandter Forschung in gesellschaftliches Handeln dürfte sich durch Partizipation zudem dynamisieren. Die Einbindung der Zivilgesellschaft ist dabei auf verschiedenen Ebenen möglich und sinnvoll, von der Formulierung strategischer Ziele in der Wissenschaftspolitik über die Ausarbeitung konkreter Förderprogramme bis zur tatsächlichen Forschungsarbeit vor Ort.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat in seinem Grundsatzpapier zur Partizipation (www.zukunft-verstehen.de/application/files/3614/6824/6051/grundsatzpapier_partizipation_barrierefrei.pdf) bereits mögliche Handlungsfelder identifiziert, davon jedoch nur wenig umgesetzt. Ebenso wie im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist hier jedoch keine Gesamtstrategie erkennbar und die Bundesregierung fördert eher ein Sammelsurium an Einzelmaßnahmen und -programmen mit durchwachsender Gesamtbilanz. Einige Projekte weisen tatsächlich auf eine Öffnung der Wissenschaftspolitik hin und zielen auf eine nachhaltige Entwicklung ab. Anderes greift aber viel zu kurz und dient eher als „partizipatorisches Feigenblatt“, während alles weiter unverändert seinen Gang geht.

Partizipation in der Wissenschafts- und Forschungspolitik

Für substantielle Beteiligung der Zivilgesellschaft in der Wissenschaftspolitik sind auf Dauer eingerichtete, transparente Formate mit klaren Zuständigkeiten notwendig. Wir brauchen mehr als punktuelle Konsultationen zwischen Politik und Zivilgesellschaft oder temporäre BürgerInnenforen. Hier hat die Mitgliedschaft zivilgesellschaftlicher Akteure im Hightech-Forum – neben VertreterInnen von Wissenschaft und Wirtschaft – durchaus das Potential, deren Expertise in die Forschungs- und Innovationspolitik zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen im Zeichen nachhaltiger Entwicklung mit einfließen zu lassen. Doch ebenso wie bei anderen Beteiligungsformaten – etwa im Zuge der Forschung für nachhaltige Entwicklung (FONA) – sind hier die Einflussmöglichkeiten schon aufgrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen sehr ungleich. So stellt eine auf mehrere Jahre angelegte Gremienmitgliedschaft für zivilgesellschaftliche Organisationen eine zeitliche, personelle und finanzielle Herausforderung dar, die diese im Gegensatz zu profitorientierten Unternehmen und deren nahestehenden Verbänden nur schwer erbringen können.

Mehr Transparenz über die Struktur von forschungspolitischen Agendasetting- und Entscheidungsprozessen generell und Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau würden den zivilgesellschaftlichen Akteuren Handlungsspielräume eröffnen, um an entscheidungsrelevanten Diskursen auf Augenhöhe teilnehmen zu können. Beispielsweise könnte ein „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“, wie von einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen vorgeschlagen, als dauerhafte Austauschplattform zu wissenschaftspolitischen Fragen dienen und zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Arbeit unterstützen. Im Rahmen einer solchen Einrichtung könnten grundsätzliche, forschungspolitische Leitlinien und Politikempfehlungen erarbeitet werden. Dies würde die VertreterInnen der Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit in wissenschaftspolitischen Gremien und Konsultationen, wie sie heute bereits im Hightech-Forum oder in der Forschung für nachhaltige Entwicklung (FONA) stattfindet, stärken. Zudem würde ein solches Forum die Kooperationsbeziehungen und Transfermöglichkeiten zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft fördern. Während es nämlich an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bereits vielfältige öffentlich unterstützte Kooperationsformen und -mechanismen gibt, ist dergleichen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft noch zu schwach ausgeprägt.

Partizipation in der Forschung

Zur Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft sowie engagierter BürgerInnen in die Forschung hat die Bundesregierung vereinzelte Formate geschaffen, die auf erfreulich große Resonanz gestoßen sind. So gab es für die „Kopernikus-Projekte für die Energiewende“ oder die Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben (Citizen Science) eine überwältigende Anzahl vielversprechender Anträge, von denen letztendlich aber nur ein Bruchteil gefördert wurde. Solche transdisziplinären und bürgerwissenschaftlichen Programme gilt es nun gemeinsam mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft auszuwerten und weiterzuentwickeln. Anders als bisher muss die Bundesregierung in Zukunft insbesondere durch verbindliche Qualitätsstandards „Scheinpartizipation“ ausschließen und alle Partner gleichberechtigt miteinbeziehen. Wo es für die Zivilgesellschaft faktisch nichts (mehr) mitzuentcheiden gibt, dient ein Lippenbekenntnis zur Partizipation bestenfalls der Legitimation bereits getroffener Entscheidungen. Dies führt zu berechtigtem Frust bei den Beteiligten und untergräbt die Bereitschaft zur Beteiligung. Um dem vorzubeugen, müssen insbesondere Zuständigkeiten, Entscheidungskorridore der Beteiligten und die Einbettung der Ergebnisse in politische Entscheidungsstrukturen vorab verbindlich geklärt werden.

Beim Ausbau transdisziplinärer Forschungsprojekte kann insbesondere auf die positiven Erfahrungen der Förderung von Reallaboren in Baden-Württemberg zurückgegriffen werden. Hier arbeiten Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen Hand in Hand und suchen vor Ort nach Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen – vom demografischen Wandel über die Digitalisierung des Alltags bis hin zum klimaverträglichen Wohnen oder zur Rolle der Wälder für die regionale Entwicklung. Gemeinsam begleiten sie reale Veränderungsprozesse und tragen so aktiv zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft bei. Solche erfolgreichen Praxisformate wollen wir bundesweit fördern, beispielsweise mit Experimentierräumen in der Mobilitätsforschung (siehe Bundestagsdrucksache 19/3160). BürgerInnendialoge und ähnliche Verfahren sollten ferner professionell moderiert, begleitet und transparent nachbereitet werden. Um den Transfer der Ergebnisse in Wissenschaft und Politik sicherzustellen, müssen solche neuen partizipativen Verfahren selbst in wissenschaftliche Begleitforschung eingebettet und mit Blick auf ihre Effekte und Nachhaltigkeit evaluiert werden.

Der Vorstoß der Bundesregierung zur Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben ist – insbesondere angesichts der Überzeichnung der bisher zur Verfügung gestellten Mittel – fortzusetzen, weiterzuentwickeln und auszubauen. Das große Interesse der allgemeinen Öffentlichkeit an eigenständiger Forschung birgt dabei nicht nur Chancen für eine bessere Nachvollziehbarkeit von wissenschaftlicher Arbeit, sondern kann auch deren Qualität an sich verbessern, indem neue Perspektiven und gesellschaftliche Innovationspotentiale einfließen. Damit die Arbeit engagierter BürgerInnen hier nicht auf einfache Hilfstätigkeiten beschränkt bleibt oder als „partizipatorisches Feigenblatt“ missbraucht wird, benötigen bürgerwissenschaftliche Projekte eine verlässliche, dauerhafte wissenschaftliche Begleitung sowie Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Beteiligten und die dauerhafte, frei zugängliche Bereitstellung der Forschungsergebnisse. Wissenschaftsläden (Science Shops) können hier als – insbesondere in den Niederlanden – etabliertes und erfolgreiches Format angeführt werden, durch welches WissenschaftlerInnen und BürgerInnen dauerhaft in Austausch treten können. Darüber hinaus bieten Bürgerwissenschaften die Chance, auch Menschen jenseits der akademisch gebildeten Milieus für Wissenschaft und Forschung zu begeistern. Hierfür ist eine Förderung für Kooperationen mit Schulen (wie etwa durch das Programm Sparking Science in Österreich), aber auch anderen Bildungseinrichtungen, Museen oder Umweltbildungszentren mit einem besonderen Fokus auf ländliche Räume und sozial marginalisierter Gruppen einzurichten.

Vielfalt in der Wissenschaft wahren und fördern

Angesichts der Vielfalt der öffentlichen Forschungsförderung sind die Formen sinnvoller partizipativer Ansätze in Wissenschaft und Forschung je nach Disziplin und Ansatzpunkt sehr unterschiedlich. Auf Grundlage der bisherigen Erfahrung können Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Dialog erfolgreiche Ansätze vertiefen und Neues entwickeln, sollten aber auch ehrlich anerkennen, wo partizipative Elemente nicht sinnvoll sind. Die von manchen erwartete Entgrenzung der Wissenschaft gegenüber gesellschaftlichen Einflüssen oder gar die Aufgabe des wissenschaftlichen Prinzips der Wahrheitssuche sind weder das Ziel noch als Nebeneffekt größerer gesellschaftlicher Partizipation ernsthaft zu befürchten. Die Wissenschaftsfreiheit ist eine große Errungenschaft, die es zu verteidigen gilt. Doch schon häufig haben gesellschaftliche Debatten Anstoß zur kritischen Selbstreflexion innerhalb der Wissenschaft gegeben. So wurden über lange Zeit Personengruppen mitsamt ihren Perspektiven und Fragestellungen aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sozialem Stand von Universitäten und Forschungseinrichtungen ausgeschlossen. Wo dies aber thematisiert und verändert wurde, weitete sich auch die Perspektive der Forschung und bescherte der Wissenschaft innovative Fragen und neue Antworten. Für die großen, gesellschaftlichen Herausforderungen, die es heute zu bewältigen gilt, sind Forschung und Innovation elementar darauf angewiesen, neue Perspektiven, Ideen und Antworten zu finden. Große Durchbrüche gelangen vor allem dort, wo ForscherInnen Ungewisses und Unkonventionelles ausprobiert haben. Die eine weitere Öffnung der Wissenschaft hin zur Gesellschaft kann dafür einen entscheidenden Beitrag leisten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die zahlreichen konstruktiven Impulse aus der Zivilgesellschaft als Chance für die Wissenschaft ernst zu nehmen und neue Partizipationsmöglichkeiten in Wissenschaftspolitik und Forschung zu schaffen. Dazu gehören:

im Bereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik

1. regelmäßige Konsultationen des BMBF mit VertreterInnen der organisierten Zivilgesellschaft zu strategischen und Grundsatzfragen,
2. ein „Wissenschaftsforum Zivilgesellschaft“ einzurichten und mit einer dauerhaften Geschäftsstelle zu flankieren,
3. die Erweiterung der Zusammensetzung von Beratungsgremien und anderer Foren, die die Bundesregierung zur Vorbereitung von Forschungsabenden einsetzt, um VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft,
4. mehr Transparenz bei der Berufung wissenschaftspolitischer Beratungsgremien und Foren sicherzustellen,
5. gemeinsam mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu prüfen, in welchem Rahmen eine Einbindung in die Themenfindung der Ressortforschung möglich und sinnvoll ist,
6. auf EU-Ebene für eine stärkere Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Agendasettingprozess und die Ausgestaltung der Forschungsrahmenprogramme wie Horizon Europe hinzuwirken;

im Bereich transdisziplinärer Forschung

7. die verstärkte Förderung von Reallaboren, Experimentierräumen und ähnlichen Methoden, mit denen wissenschaftliche Problemstellungen und Lösungsoptionen anhand realer Veränderungsprozesse gemeinsam von Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen erarbeitet werden,

8. eine stärkere, systematische und dauerhafte Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Formulierung und Durchführung von Forschungsprojekten, insbesondere im Bereich der nachhaltigen Entwicklung,
9. weitere Fördermittel für inter- und transdisziplinäre Forschungsvorhaben und sozial-ökologische Innovationen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung bereitzustellen und die Einrichtung eines Forschungsfonds für transdisziplinäre Forschungsprojekte mit Beteiligung der Zivilgesellschaft beim BMBF zu prüfen,
10. auf EU-Ebene auf eine stärkere Förderung transdisziplinärer Forschung hinzuwirken,
11. gemeinsam mit VertreterInnen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach Wegen zu suchen, Transdisziplinarität stärker in Begutachtungsgremien, deren Bewertungskriterien und Budgetentscheidungen für entsprechende Forschungsprojekte zu verankern,
12. Mittel zur Begleitforschung transdisziplinärer Forschung und Beteiligungsverfahren in der Wissenschaft bereitzustellen,
13. Mittel bereitzustellen, um insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen die Möglichkeit zu Fort- und Weiterbildung in Methoden transdisziplinärer Forschung zu eröffnen;

im Bereich bürgerwissenschaftlicher Forschung

14. die Fortführung und finanzielle Aufstockung der Förderlinie für bürgerwissenschaftliche Vorhaben sowie der Plattform „Bürger schaffen Wissen“,
15. eine gezielte und verstärkte Förderung bürgerwissenschaftlicher Vorhaben und dauerhaft etablierter Institutionen (wie z. B. Wissenschaftsläden) mit Zielgruppen jenseits der akademisch gebildeten Milieus, etwa durch verstärkte Kooperationen mit Schulen, Umweltbildungszentren, Museen, und anderer außerschulischer Lernorte, insbesondere im ländlichen Raum,
16. die Schaffung und Förderung von zielgruppenorientierten Fortbildungsmöglichkeiten für Ehrenamtliche, ForscherInnen, WissenschaftsmanagerInnen zum Thema Bürgerwissenschaften,
17. die Stärkung der Dateninfrastruktur, um die im Rahmen bürgerwissenschaftlicher Vorhaben generierten Daten entsprechend wissenschaftlichen Kriterien zu validieren und auf Dauer öffentlich verfügbar zu machen,
18. gemeinsam mit VertreterInnen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft nach Wegen zu suchen, die Anerkennung von Bürgerwissenschaften im Wissenschaftssystem zu stärken.

Berlin, den 9. Oktober 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

